

Auszug aus der Niederschrift über die 04. Sitzung der Bürgerschaft am 18.05.2017

Zu TOP : 9.4

Anmeldung für Kindergartenplätze verbessern

Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0057/2017

Herr Dr. Zabel begründet den Antrag ausführlich. Er erläutert auch den eingereichten Änderungsantrag. Er berichtet, dass es diesbezüglich auch gute Software gebe und bittet im Interesse der jungen Familien und einer optimierten Versorgung um Unterstützung.

Frau Bartel hofft, dass dieser Antrag auch Auswirkungen auf den gesamten Landkreis habe. Sie berichtet von ihrer Arbeit im Jugendhilfeausschuss. Dort sei ein ähnlicher SPD-Antrag nicht durchsetzbar gewesen. Frau Bartel erläutert, dass es ein Ungleichgewicht zwischen Kindern, die aus dem Landkreis nach Stralsund kommen, und Kindern, die aus Stralsund in den Landkreis gehen, gibt. Eine moderne Anmeldung sei positiv. Sie weist Bedenken zum Datenschutz zurück. Die Situation in Stralsund sei dramatisch. Daher bittet sie, dem Antrag zuzustimmen.

Frau Kindler kündigt für ihre Fraktion an, dem Antrag zuzustimmen. Sie fordert, die KITA-Planung nicht aus den Augen zu verlieren.

Frau Ehlert berichtet über einen regen Austausch zur Thematik vor der Kreisgebietsreform. Sie gibt zu Bedenken, dass die Eltern auch ein Wahlrecht haben. Es sei nicht nur Aufgabe der Kommune, sondern auch das Land müsse aktiv werden. Frau Ehlert mahnt, dass es einen akuten Fachkräftemangel gebe und geben werde. Das von der Landesregierung initiierte Programm der staatlich geprüften Fachkraft für Kindereinrichtungen sei vom Gedanken gut aber vom Ansatz falsch. Sie begrüße den Antrag und bittet um Zustimmung.

Präsident verliest den Änderungsantrag AN 0070/2017 und stellt diesen wie folgt zur Abstimmung:

In Vorlage AN 0057/2017 wird Satz 1 durch folgenden Text ersetzt:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Trägern der Kindertagesstätten und dem Landrat über die Vergabe der Kindertagesstättenplätze das Gespräch zu suchen. Vertreter der Kindertagespflege sind ebenfalls mit einzubeziehen.“

Abstimmung: Mehrheitlich zugestimmt

Beschluss-Nr.: 2017-VI-04-0600

Herr Paul lässt über den Antrag AN 0057/2017 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung 2017-VI-04-0600 wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Trägern der Kindergärten und dem Landrat über die Vergabe der Kindergartenplätze das Gespräch zu suchen. Vertreter der Kindertagespflege sind ebenfalls mit einzubeziehen. Ziel soll es sein, die Platzvergabe zu

optimieren, um für Eltern und Kitabetreiber Planungssicherheit zu schaffen. Die Bürgerschaft ist über das Ergebnis zu informieren.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2017-VI-04-0601

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 29.05.2017